



Ein Regierungssoldat hält Wache vor einem Plakat der Revolutionären Bewaffneten Armee Kolumbiens (Farc)

(Foto: epa)

KOLUMBIEN

Operation Thanatos

Im Namen des griechischen Todesgottes Thanatos geht in Kolumbien die Armee gegen die größte Guerilla Farc vor. Gut einen Monat vor den Parlamentswahlen stehen die Zeichen auf Krieg.

Nur wenige Stunden nachdem der kolumbianische Präsident Andrés Pastrana in einer "Ansprache an die Nation" in der Nacht vom 20. auf den 21. Februar den endgültigen Abbruch der Gespräche mit der größten kolumbianischen Guerillaorganisation Farc angekündigt hatte, begann die kolumbianische Luftwaffe die Region Caguán zu bombardieren. Laut offiziellen Angaben wurden in den beiden folgenden Tagen über 370 Einsätze geflogen, bevor die ersten 3.000 Soldaten in die von der Guerilla kontrollierte entmilitarisierte Zone im Caguán einmarschierten.

Diese "zona de despeje" war der Farc überantwortet worden, um dort Friedensgespräche mit der Regierung abzuhalten. Doch als am vergangenen Mittwoch eine Liniemaschine der kolumbianischen Fluggesellschaft Aires entführt wurde, war Schluss mit den Verhandlungen. An Bord befand sich Senator Jorge Eduardo Gechem, der Vorsitzende der Friedenskommission des Senats, der Regierungsangaben zufolge von Guerilleros der Farc entführt wurde. Damit habe die Farc, so Pastrana in seiner Fernsehansprache an die Nation, gegen das Abkommen von Los Pozos verstoßen, das am 20. Januar unterzeichnet worden war. Hier hatte sich die Farc verpflichtet, ab sofort von Entführungen abzusehen. Auch sei die Verhandlungszone von der Farc als Waffenlager und Drogenlabor missbraucht worden. Pastrana kündigte den Friedensprozess auf und gab der Armee

den Befehl, die Zone einzunehmen. Bei der nach Thanatos, dem griechischen Gott des Todes, benannten Militäroperation sind 13.000 Soldaten im Einsatz.

Paramilitärs als 6. Division der Armee

Nach den Bombardements besetzten Militäreinheiten die fünf Kreisstädte der Region, aus denen sich die Farc bereits zurückgezogen hatte. Die 200.000 Einwohner des Caguán fürchten nun Repressalien und Massaker seitens der Armee und der Paramilitärs. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch bezeichnete die Paramilitärs kürzlich als die "sechste Division der Armee" und betonte, die Zusammenarbeit zwischen beiden sei nie zuvor so eng gewesen. Auch international wird eng kooperiert: Die Allianz zwischen verschiedenen US-Militäreinheiten und den paramilitärischen Gruppen kolumbianischer Drogenkartelle bestehe weiterhin, versicherte Joe Toft gegenüber einem US-Journalisten. Toft war zu Beginn der 90er Jahre Leiter des Büros der US-amerikanischen Antidrogenbehörde DEA.

Die ersten vier Toten waren bereits am ersten Wochenende zu verzeichnen. Diesen Montag wurden die Bombardements wieder aufgenommen. Sie gelten angeblich identifizierten Farc-Lagern. Dabei wünscht sich die kolumbianische Armee möglichst keine Öffentlichkeit und empfahl der nationalen und internationalen Presse "für einige Tage das Gebiet zu räu-

men, bis die Situation völlig unter Kontrolle ist". Ein Zustand, der nicht so bald eintreten dürfte, war doch die Farc bereits vor der Entmilitarisierung seit Jahren in der Region präsent.

Der Fortbestand der entmilitarisierten Zone war erst kürzlich bis zum 10. April verlängert worden. In der Vereinbarung verpflichteten sich die Rebellen zu einem Waffenstillstand, die kolumbianische Regierung zur Bekämpfung der Paramilitärs. Eine Zusage, welche die kolumbianische Regierung bisher nie erfüllt hat. Doch auch der Waffenstillstand der Farc ist kaum durchführbar, so lange der paramilitärische Terror weiterhin das Land überzieht. Der Generalkommandeur der kolumbianischen Armee, General Fernando Tapias, hatte bereits während der Krise die Zone von seinen Truppen umstellen lassen und ihre Erstürmung angekündigt.

Ultrarechter Präsidentschaftskandidat mit guten Chancen

Anfang Februar weihen die US-Botschafterin und der kolumbianische Präsident Militärkasernen ein und feierten die Übergabe weiterer US-Kampfhubschrauber an die kolumbianische Armee. Und nachdem US-Präsident George W. Bush zunächst angekündigt hatte, nun auch offiziell die Nutzung der Waffenhilfe "im Kampf gegen die Subversion" zu erlauben, forderte er vom US-Kongress weitere 98 Millionen Dollar zur Ausbildung und Unterstützung einer kolumbianischen Militärein-

heit, um die wichtigste Erdölpipeline des Landes vor Anschlägen der Guerilla zu schützen. Bisher war die Militärhilfe streng an ihre ausschließliche Nutzung im "Antidrogenkrieg" geknüpft. Am Freitag ersuchte Präsident Andrés Pastrana die USA, die Waffen, die sein Land im Rahmen des Plan Colombia von den Vereinigten Staaten erhielt, im Kampf gegen die Farc einsetzen zu dürfen. Das US-State Department erklärte zunächst, es könne mehr geheime Informationen an das kolumbianische Militär liefern.

Rund einen Monat vor den Parlamentswahlen stehen die Zeichen in Kolumbien eindeutig auf Krieg. Finanzminister Juan Manuel Santos kündigte Haushaltseinsparungen in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar an, die dem Militär zugute kommen sollen. Pastrana kann sich bei seinem Vorgehen auf die Unterstützung nahezu sämtlicher Präsidentschaftskandidaten verlassen. Nicht alle plädieren für die militärische Auseinandersetzung wie der Hardliner Alvaro Uribe Vélez. Vélez, der als ehemaliger Gouverneur von Antioquia maßgeblich am Aufbau des Paramilitärs beteiligt war, forderte während der vergangenen Monate konsequent den Abbruch der Gespräche mit der Farc und den Einmarsch der Armee in die entmilitarisierte Zone. Er gilt als Wunschpräsident der extremen Rechten, der Militärs und der Paramilitärs, die bereits angekündigt haben, zu seiner Wahl "aufzufordern". Im Falle seines Wahlsiegs ist ein Abbruch aller Gespräche, die Aufkündigung der entmilitarisierten Zone und eine Verschärfung des Krieges gewiss. Ihm werden auch umfassende Verwicklungen in den Drogenhandel nachgesagt. Als Alvaro Uribe Vélez Anfang der 80er zwei Jahre lang der zivilen Luftfahrtbehörde vorstand, soll er im großen Stil Fluglizenzen an Piloten der Drogenunternehmer verteilt haben.

Vorwürfe, die Vélez natürlich weit von sich weist. Ebenso wie die Unterstützung einer möglichen US-amerikanischen Intervention in Kolumbien. Doch die ist bereits in vollem Gange. An der Militäraktion in der ehemals entmilitarisierten Zone sind auch US-Soldaten beteiligt. Ihre Anwesenheit wurde durch ein von der rechten Tageszeitung "El Tiempo" veröffentlichtes Foto belegt, auf dem ein Soldat mit Tarnuniform und dem deutlichen Schriftzug "U.S. Army" zu sehen ist. Die kolumbianische Verfassung legt fest, dass jede Anwesenheit von ausländischen Truppen in Kolumbien vom Parlament und dem höchsten Gericht bestätigt werden muss. Luftwaffengeneral Héctor Fabio Velasco behauptete, die amerikanischen Soldaten seien lediglich als "Beobachter" anwesend gewesen. In der nur wenige Kilometer vom Caguán entfernten Militärbasis "Tres Esquinas" befinden sich an die 300 Angehörige der US Army. Zusammen mit den Ausbildern, DEA- und CIA-Angehörigen dürften zwischen 500 und 1.000 Vertreter

US-amerikanischer Sicherheitsorgane in Kolumbien sein.

Als Antwort auf das Vorgehen Pastranas ist nun mit einer Verstärkung der Aktion seitens der Guerillas zu rechnen. Laut Marco Calarcá, einem Mitglied der internationalen Farc-Kommission, hat sich die Regierung für den Krieg statt für den Verhandlungsweg entschieden. Man habe den internationalen Vermittlern keine Möglichkeit zur Vermittlung eingeräumt, so Calarcá in Mexiko-Stadt gegenüber der spanischen Nachrichtenagentur EFE. Er selbst habe zudem keine Informationen, ob die Farc für die Entführung des Senators verantwortlich sei. Darauf aber deuten die Aussagen der anderen Passagiere und die Landung des Flugzeugs in Hobo, im Süden Kolumbiens, relativ nahe des Farc-Stammgebietes, hin.

Verstärkte Guerilla-Aktionen

Neben zahlreichen Angriffen in verschiedenen Teilen des Landes entführte die Farc am Samstag die Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancur, die sich gerade auf dem Weg in den Caguán befand. Ihre Begleiter wurden mit dem Hinweis zurückgelassen, man wolle nur "Abgeordnete und Präsidentschaftskandidaten". Die 41jährige Ingrid Betancur, Kandidatin der "Bewegung grüner Sauerstoff" und Tochter eines ehemaligen Ministers, unterstützte Andrés Pastrana zu Beginn seiner Amtszeit, entfernte sich jedoch dann wieder von ihm.

Bereits vor der Entführung hatte die Farc zahlreiche Operationen, unter anderem in der Nähe Bogotás, durchgeführt. Anschläge auf die zentrale Strom- und Wasserversorgung der Hauptstadt hatten für Protestmärsche in Bogotá gesorgt. Bei Sprengungen von Brücken kam es zudem zum Tod von Zivilisten. Diese Taten wurden von nationalen wie internationalen Menschenrechtsorganisationen verurteilt. Sie sorgen sich nun erneut um die Zivilbevölkerung, vor allem in der ehemaligen Verhandlungszone, die nun bombardiert wird.

Dario Azzellini

Dario Azzellini ist freier Journalist und lebt in Berlin.